

REZENSIONEN

Inhalt

Jann Christoph von der Pütten:

Amitav Acharya: Indonesia Matters: Asia's Emerging Democratic Power

Julia Marinaccio:

Fong, Mei: One Child. The Story of China's Most Radical Experiment

Claudia Derichs:

Ahmad Fauzi Abdul Hamid, Che Hamdan Che Mohd Razali: Middle Eastern Influences on Islamist Organizations in Malaysia: The Cases of ISMA, IRF and HTM

Johannes Kummerow:

Felix Heiduk (Hg.): Security Sector Reform in Southeast Asia. From Policy to Practice

Lukas Maximilian Müller:

Wilfried A. Herrmann, Peter Lehr (Hgg.): ASEAN Looks West. ASEAN and the Gulf Region

Christopher Wimmer:

Cornelia Hermanns: China und die Kulturrevolution. Der letzte lange Marsch

Armin Müller:

Stephan Köhn, Monika Unkel (Hgg.): Prekarisierungsgesellschaften in Ostasien? Aspekte der sozialen Ungleichheit in China und Japan

Viktor Köhlich:

Yoshiko Matsumoto, Bernard Comrie und Peter Sells (Hgg.): Noun-Modifying Clause Constructions in Languages of Eurasia. Rethinking Theoretical and Geographical Boundaries

Mascha Schulz:

Andrew Sanchez: Criminal Capital. Violence, Corruption and Class in India

Jochen Noth:

Eva Sternfeld (Hg.): Routledge Handbook of Environmental Policy in China

Carolin Kautz:

Wu Chonghao: Regulating Government Ethics – An Underused Weapon in China's Anti-Corruption Campaign

Amitav Acharya: Indonesia Matters: Asia's Emerging Democratic Power

Singapur: World Scientific, 2014. 156 S., 49,90 EUR

„Indonesia Matters“ ist ein lange überfälliges Buch, das die Entwicklung der indonesischen Außenpolitik seit dem Beginn der indonesischen Demokratisierung historisch nachvollzieht und analysiert. Acharyas Buch stützt sich auf eine Vielzahl von Interviews mit führenden außenpolitischen Köpfen Indonesiens sowie seine lange Erfahrung als Beobachter und Analyst der indonesischen Politik. In sechs Kapiteln beschreibt und analysiert der Autor in logischer und gut lesbarer Weise die indonesische Außenpolitik der demokratischen Ära post-Suharto, von ihrer innenpolitischen Wurzel über die Bedeutung ASEANs als traditionelles Zentrum dieser Außenpolitik bis hin zu Indonesiens neu gefundener globaler Rolle unter Präsident Susilo Bambang Yudhoyono.

Acharya argumentiert, dass Indonesiens Aufstieg als *Emerging Power* nicht auf die militärische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes zurückzuführen ist, sondern auf Indonesiens Errungenschaft, einen Tugendkreis von Demokratie, Entwicklung und Stabilität zu erschaffen. Diese Entwicklungsstrategie in Kombination mit außenpolitischer Zurückhaltung gegenüber Indonesiens Nachbarländern und einer Politik des aktiven Engagements hat Indonesiens außenpolitischen Erfolg ermöglicht und dem bevölkerungsreichsten Land Südostasiens zu beträchtlichem internationalen Ansehen verholfen. Die indonesische Entwicklung, so Acharya, verdeutlicht zudem, dass der Aufstieg eines Landes nicht unweigerlich zu Spannungen und Konflikten mit Nachbarländern führen müsse.

In den folgenden Kapiteln geht Acharya zunächst auf die innenpolitische Entwicklung Indonesiens ein und analysiert die drei Faktoren, Demokratie, Entwicklung und Stabilität, die er als Grundstein für Indonesiens internationalen Aufstieg sieht. Anschließend beschäftigt er sich eingehender mit der Außenpolitik unter Susilo Bambang Yudhoyono und dessen Interpretation und Weiterentwicklung des außenpolitischen Leitmotivs Indonesiens, des Prinzips einer freien und aktiven Außenpolitik (bebas-aktif). Besonders hervorstechend sind dabei Yudhoyenos außenpolitische Formel „zwischen zwei Riffen zu rudern“ (rowing between two reefs), welche die indonesischen Beziehungen zu den USA und China in Balance halten soll. Zudem geht er auf die Bemühungen des früheren Außenministers Marty Natalegawa ein, ein „dynamisches Equilibrium“ (dynamic equilibrium) in den internationalen Beziehungen der Region zu schaffen.

Stellenweise erscheint „Indonesia Matters“ mehr wie ein Plädoyer für die außenpolitischen Errungenschaften der Yudhoyono-Präsidentschaft und die Besonderheiten des Entwicklungsmodells des demokratischen Indonesiens, das in starkem Kontrast zu den autoritär geprägten Entwicklungsmodellen anderer Staaten in der Region, zum Beispiel Chinas oder Vietnams, steht. Auch wenn Acharyas Buch, das die Stimmen aus der indonesischen Bevölkerung aufnehmen will, manchmal die kritischeren Stimmen vermisst lässt, ist es ein sehr wichtiges und lange überfälliges Buch, das nicht nur Indonesiens demokratische Entwicklung, sondern auch die außenpolitischen Bemühungen um die ASEAN und eine konstruktive globale Rolle Indonesiens unter Yudhoyono beleuchtet. Acharyas Buch richtet sich dabei an die Wissenschaft ebenso wie an (indonesische) Politik und scheint dazu ermutigen zu wollen, an Indonesiens besonderem Entwicklungsmodell festzuhalten. Aus diesem Grund sollte „Indonesia Matters“ in keiner gut sortierten Sammlung zur indonesischen Außenpolitik, ASEANs oder der internationalen Beziehungen Südostasiens fehlen.

Jann Christoph von der Pütten

Fong, Mei: One Child. The Story of China's Most Radical Experiment

Boston: Houghton Mifflin Harcourt, 2016. 272 S., 27 USD

Das vorliegende Buch ist das Produkt langjähriger Beobachtungen chinesischer Tagespolitik und einer extensiven journalistischen Recherche zu den Auswirkungen von Chinas Einkindpolitik auf die chinesische Gesellschaft und darüber hinaus. Seine Autorin, Mei Fong, ist eine US-amerikanische Journalistin mit malaysisch-chinesischen Wurzeln, die seit einigen Jahren wieder ihren Lebensmittelpunkt in den Vereinigten Staaten hat, wo sie zuvor ihre journalistische Ausbildung absolviert hatte. Als Auslandskorrespondentin für das renommierte Wall Street Journal verbrachte Mei Fong viele Jahre in Hong Kong und Peking, wo sie vor Ort Chinas Entwicklung verfolgte und darüber berichtete.

Aus der Perspektive einer Leserin mit deutscher Muttersprache verspricht der englische Titel des vorliegenden Buches eine Reise in die Vergangenheit der Einkindpolitik, in der etwas bisher Unbekanntes aufgedeckt werden soll. Nach zwei einleitenden Kapiteln, in denen Mei Fong teilweise zu ausschweifend versucht, dem Buch und dessen Entstehungsgeschichte einen nicht zuletzt auch persönlichen Kontext zu geben, beschäftigt sich Kapitel drei tatsächlich mit den Ursprüngen der Politik. Hier arbeitet die Autorin die wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre in China und auf internationaler Ebene auf und erklärt, wie die Einkindpolitik von einer Idee zur politischen Direktive wurde.

Die folgenden sechs Kapitel geben Einblick in unterschiedliche Dimensionen der Einkindpolitik – Geburtenkontrolle, Sexualität, Partnersuche, Demographie, Bildung, Adoption und Altersvorsorge – und geben eben diesen ein menschliches Gesicht. Ein passenderer Titel wäre daher wohl eher „One Child: Stories of China's Most Radical Experiment“, da es sich um die Geschichten von Menschen handelt, die direkt oder indirekt von der Politik beeinflusst und / oder in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Mei Fong vermag es, Dinge aufzuzeigen, wo die Einkindpolitik nicht immer das augenscheinlichste ist, sondern als unsichtbarer Katalysator eines gänzlich anderen Phänomens wirkt. Zum Beispiel beginnt das Buch mit einem Rückblick in das erdbebenzerrüttete Sichuan (Kapitel 1+2) und verharrt bei den Eltern, deren Kinder durch den Einsturz der Juyuan Middle School ums Leben gekommen sind. Mei Fong wirft eine neue Perspektive auf das Wenchuan-Erdbeben, das so viel menschliches Leid verursacht hat und zeigt auf, wie dieses Leid durch die Einkindpolitik noch weiter verstärkt wird: Es ist nicht nur der unermessliche Schmerz über den Verlust des einzigen Kindes, der weiterhin auf den Eltern lastet, sondern auch die durch das Abhandenkommen einer Altersvorsorge erzeugte soziale Unsicherheit und die gesellschaftliche Stigmatisierung im ländlichen China – nämlich jene der Kinderlosigkeit.

Das Buch entwickelt sich wie ein System konzentrischer Kreise, die weit über die Grenzen Chinas hinausgehen und Menschen involvieren, deren Lebensmittelpunkte in den USA und Europa liegen. Mei Fong demonstriert, dass die von der Einkindpolitik beteiligten und betroffenen Akteure sich nicht auf chinesische Eltern und den chinesischen Staat beschränken, sondern noch eine Vielzahl anderer umschließt. Beginnend mit der Hebammme (Kapitel 4), die unzählige Abtreibungen vorgenommen hat, über den Sexpuppenhersteller (Kapitel 6), der die Bedürfnisse einleinstehernder Männer bedient, deren Zahl sich durch Einkindpolitik stark vergrößert hat, über den Leiter eines Hospizheims (Kapitel 7), der sich um sterbende Menschen annimmt, deren Kinder oft nicht die Zeit haben, sich um diese zu kümmern, über Adoptiveltern im Ausland (Kapitel 9), die sich aus verschiedenen Gründen für die

Adoption eines chinesischen Kindes entschieden haben und im Nachhinein feststellen mussten, wie ihr partiell auch humanitär motiviertes Handeln zur Entwicklung eines perversierten und menschenverachtenden Geschäftsmodell beigetragen hat.

One Child ist keine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Einkindpolitik und liefert dadurch weder einen Beitrag zur wissenschaftlichen Theoriebildung noch neue – nach wissenschaftlichen Kriterien zu beurteilende – Erkenntnisse. Allerdings überzeugt das Buch mit seiner menschlichen Tiefe, die über die persönlichen Geschichten von realen Menschen transportiert wird. Diese Menschen werden zu einem sektorübergreifenden und transnationalen Netzwerk, dessen verbindendes Element die Einkindpolitik ist. Das Buch macht eines unmissverständlich klar, nämlich dass Innenpolitik in gewisser Weise keine nationalen Grenzen kennt, das trifft umso mehr auf eine Welt zu, die sich auf verschiedenen Ebenen immer stärker vernetzt. Dass dies keine neue Erkenntnis ist, mindert jedoch nicht die Aussagekraft des Buches.

Mei Fongs One Child ist eine mitreißende Lektüre für Chinainteressierte aller Alters- und Berufsgruppen.

Julia Marinaccio

Ahmad Fauzi Abdul Hamid, Che Hamdan Che Mohd Razali: Middle Eastern Influences on Islamist Organizations in Malaysia: The Cases of ISMA, IRF and HTM

Singapur: ISEAS (Trends in Southeast Asia; 2), 2016. 28 S., 9,90 USD

Die malaysischen Politikwissenschaftler Ahmad Fauzi Abdul Hamid und Che Hamdan Che Mohd Razali suggerieren mit dem Titel ihrer kurzen Studie (28 Seiten), einem Einfluss nachzugehen, der gerne mit dem Terminus „Petrodollars“ assoziiert wird: dem Einfluss des vor allem aus Saudi Arabien in die Welt exportierten wahhabitischen Islam. Die Finanzierung von Moscheen und Schulen in Südostasien, die Etablierung von Bildungsnetzwerken im universitären Sektor, wohltätige Stiftungen und andere Formen der inner-islamischen bzw. inner-sunnitischen internationalen Kooperation kommen in den Sinn. Doch weit gefehlt. Denn genau darum geht es den Autoren nicht. Auch um wachsende Zahlen von Anhängern des „Islamischen Staats“ (ISIS/Da’esh) oder Al-Qaidas in Malaysia geht es ihnen nicht. Vielmehr liegt ihr Augenmerk auf nicht-gewaltbereiten Akteuren im islamistischen Spektrum Malaysias. Aufmerksamkeit gilt der aus ihrer Sicht bemerkenswerten qualitativen Veränderung in der ideologischen Ausrichtung islamistischer Organisationen in Malaysia – Veränderung im Vergleich zu den 1980er Jahren, als nach dem Jahrzehnt des intensiven Aktivismus im Zuge islamischer Reformbewegungen (Islamic resurgence) vier große Organisationen den Islamisierungskurs in der malaysischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft prägten. Die gegenwärtigen Organisationen, so die Autoren, zeichnen sich durch viel größere Differenzen hinsichtlich ihres ideologischen Absolutismus aus und würden sich alleine deshalb schon erheblich von den Strömungen der 1980er Jahre unterscheiden. Die Orientierung der heutigen Gruppierungen sei puritanischer als die der vorangegangenen Dekaden, und dies alarmiere die politischen Autoritäten.

Der Begriff des Puritanischen verweist, unschwer erkennbar, sehr wohl auf Einflüsse aus den Persischen Golfstaaten. Diese werden indes nicht explizit benannt. Es bleibt über alle 28 Seiten hinweg relativ unklar, was mit puritanisch gemeint ist – und wie die Autoren überhaupt den zentralen Terminus „islamistisch“ definieren. Denn zum Erstaunen der Leserin ist

eine der portraitierten Organisationen die Islamic Renaissance Front (IRF), die unter der Führung von Ahmad Farouk Musa zu den liberalsten und integrativsten islamischen Organisationen im ganzen Land gehört – und deshalb von „Hardlinern“ heftig kritisiert wird. Der Vizepräsident der ersten im Band vorgestellten Organisation ISMA (Ikatan Siswazah Muslim Malaysia oder Solidaritätsfront muslimischer Studenten Malaysias), Muhammad Fauzi Asmuni, bezeichnet die IRF – verächtlich – als „männliche Version der Sisters in Islam“ (S. 16). Letztere sind eine auch im Westen sehr bekannte und prominente Frauenrechtsorganisation. Gerade der Kontrast zwischen der extrem polarisierenden, ethno-nationalistischen Organisation ISMA und der progressiven, auf die Bekämpfung ethnischer, inter- und intra-religiöser Intoleranz bedachten IRF macht das Fragezeichen aus, das die Autoren nicht auflösen: Was wird hier unter islamistisch verstanden und warum?

Die dritte portraitierte Organisation ist der malaysische Arm der global sehr gut vernetzten Hizbut Tahrir (Hizbut Tahrir Malaysia, HTM). Die HTM lehnt Wahlen und Demokratie als Mechanismen der Herrschaftslegitimation kategorisch ab und fordert stattdessen ein Kalifat. „[D]emocracy is a facade to lull Muslims into a false sense of fulfilment, restoration of the caliphate being the only way to recover Islam’s glory in the world.“ (S. 15) Die nationalen Wahlen von 2013 hat die Organisation konsequenterweise boykottiert. HTM artikuliert ihre Forderungen in sehr aggressiver Weise und folgt der Doktrin, die vom nahöstlichen Hauptquartier der Hizbut Tahrir ausgegeben wird. Die Ausrichtung ihrer öffentlichen Aktivitäten ist infolgedessen auch eher international, beispielsweise in Freitagsdemonstrationen mit Aufrufen zur Unterstützung der leidenden Muslime im palästinensischen Gaza-Streifen. Dies unterscheidet die HTM von ISMA, deren Aktivitäten extrem auf ethno-nationalistische malaiische Belange konzentriert sind. In ihrer jeweils extremen ideologischen Ausrichtung sind beide, ISAM wie auch HTM, damit aber auch Lichtjahre entfernt von der selbst Shi’iten gegenüber offenen, toleranten und Pluralismus begrüßenden IRF entfernt. (Shi’iten sind in Malaysia nicht anerkannt und dürfen ihren Glauben nicht öffentlich praktizieren.) Einzig die Berufung auf Denker, die ursprünglich aus der Region des Nahen und Mittleren Ostens stammen (im Falle der IRF aber heute alle in westlichen Staaten leben), stellt ein verbindendes Element zwischen den drei Organisationen dar. Dies sollte jedoch keinesfalls als ein gemeinsamer Nenner missverstanden werden, denn es sind höchst unterschiedliche Personen, auf deren Wort und Schrift die Organisationen rekurrieren.

Die Autoren ziehen, so könnte die Lektüre der kurzen Studie nahelegen, augenscheinlich das Merkmal des Orientierens auf muslimische Denker mit Wurzeln im Nahen und Mittleren Osten als entscheidendes Kriterium zur Identifikation von islamistischen Organisationen in Malaysia heran. Dies ist weder überzeugend noch ergibt es vor dem Hintergrund der postulierten qualitativen Veränderung in der ideologischen Orientierung der heutigen Organisationen Sinn. Denn auch die Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre orientierten sich maßgeblich, wenngleich nicht ausschließlich, an arabischen (Vor-)Denkern. In der Bilanz ist der kleine Band aus der Serie Trends in Asia gut lesbar, informativ und auch mit genügend Distanz zum Gegenstand verfasst worden. Die Zusammenstellung der drei Organisationen bereitet gleichwohl etwas Kopfschütteln.

Claudia Derichs

Felix Heiduk (Hg.): Security Sector Reform in Southeast Asia. From Policy to Practice

Hounds Mills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan UK, 2014. 245 S., 115 USD

Die südostasiatischen Staaten wurden bis dato vor allem mit Blick auf die verschiedenen Aspekte ihrer zivil-militärischen Beziehungen detailliert wissenschaftlich untersucht. Dagegen lassen sich weit weniger Abhandlungen zur Sicherheitssektorreform (SSR) in dieser Region finden, obwohl in Südostasien eine ganze Reihe von Reformvorhaben mit Bezug zum Sicherheitssektor stattgefunden haben. Das hier rezensierte Buch versucht die enge wissenschaftlichen Fokussierung auf rein militärische Belange zu verlassen und einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke zu leisten. Der Sammelband „Security Sector Reform in Southeast Asia – From Policy to Practice“ ist in der aktuell 48 Werke umfassenden Reihe „Critical Studies of The Asia-Pacific“ erschienen. Die Serie hat es sich zum Ziel gesetzt, die besten theoretisch-fundierten Forschungsarbeiten zur asiatisch-pazifischen Region darzubieten. Dabei reichen die diversen Themen von regionaler Politik, Wirtschaft und Sicherheit bis hin zu spezifischen Länderanalysen und institutionellen Prozessen. In diese Reihe fügt sich der von Felix Heiduk vorgelegte Band durch seine Untersuchung eines unterrepräsentierten Forschungsgegenstandes sehr gut ein. Zudem forscht der Herausgeber schwerpunktmäßig zu sicherheitspolitischen und südostasiatischen Themen. Mittels eines prozessorientierten Ansatzes werden in diesem Sammelband Erfolge, Misserfolge sowie Herausforderungen der Sicherheitssektorreformen in Fallstudien analysiert und in das übergeordnete normative Konzept eingeordnet. Das Buch ist in zehn Kapitel untergliedert, wobei die Einleitung und Konklusion des Herausgebers den Sammelband einrahmen. Eingangs werden alle zehn beteiligten AutorInnen kurz vorgestellt. Überdies ist hier auch das Glossar mit allen fachlichen Abkürzungen zu finden. Sämtliche bibliografischen Angaben und Anmerkungen stehen am Ende eines jeden Kapitels. Der ausführliche Index mit Ober- und Unterbegriffen zur Schlagwortsuche schließt das Buch ab.

Im ersten Kapitel erläutert Felix Heiduk die historischen Entwicklungszüge und normativen Grundannahmen des holistischen SSR-Ansatzes, bevor er sich im Besonderen der eher prekären Situation in der Region Südostasien zuwendet. Dabei weicht der Ansatz dieses Sammelbandes von der statischen Reformergebnis-Orientierung vorhandener Untersuchungen ab und konzentriert sich analytisch auf den offenen politischen Prozess sowie dessen treibende Akteure. Weiterhin formuliert der Herausgeber die drei forschungsleitenden Fragen nach (1) dem Umsetzungsprozess sowie dem Transfer und der Adaption internationaler Normen auf die heimische Ebene und (2) der Interpretation und Implementierung der SSR durch die unterschiedlichen am Prozess beteiligten Hauptakteure sowie (3) der Be- trachtung und Erklärung der SSR-Ergebnisse in ihrem generellen Kontext. Im zweiten Kapitel stellt Carolina G. Hernandez die regionale und historische Entwicklung der SSR überblicksartig dar und veranschaulicht verschiedene Muster zivil-militärischer Beziehungen in Transitionsländern. Die Autorin resümiert abschließend, dass das Konzept der SSR in Südostasien – bis auf wenige Ausnahmen – erst noch in konkrete Maßnahmen und Richtlinien umgesetzt werden müsse. Dennoch sieht sie Chancen in der zunehmenden lokalen Eigenverantwortung sowie wachsende Unterstützung durch regionale Stakeholder. Jörg Krempel betrachtet im sich anschließenden Kapitel kritisch die Normevolution des SSR-Konzeptes als dezidiert westlich-liberales Konstrukt und weist auf die normative Begrenztheit eines solchen Konzeptes vor dem Hintergrund lokaler und regionaler Kulturen hin. Es folgen in den nächsten Kapiteln die Länderfallstudien. Die Autoren Deniz Kocak und Johannes Kode untersuchen in einer empirisch-historischen Pfadanalyse die Schwierigkeiten der SSR in Thailand. Ebenso erörtert Paul Chambers anschließend die Fallstricke einer effektiven zivilen Kontrolle des Militärs in den Philippinen. Die schwindende Rolle indonesischer zivilgesellschaftlicher Organisationen im SSR-Prozess, trotz gewachsener Kompetenz, diskutiert Fabio Scarpello im sechsten Kapitel. Nachfolgend schließen sich die

Analyse von Carolin Liss zur wachsenden Bedeutung privater Sicherheits- und Militärunternehmen als Akteure im maritimen Sektor Indonesiens sowie der Beitrag von Henri Myrtilen zum Nexus zwischen SSR und Gender in Osttimor an. Im neun-ten Kapitel bleibt Nicolas Lemay-Hébert thematisch in Osttimor und untersucht die Gründe des örtlichen Sicherheitssektorkollapses nach jahrelangem UN-Engagement vor Ort.

Obwohl der Sammelband keinem übergeordneten gemeinsamen theoretischen Rahmen folgt, gelingt es dem Herausgeber Felix Heiduk im abschließenden Kapitel, die roten Fäden der di-versen empirischen Arbeiten zusammenzuführen und wichtige Gemeinsamkeiten der SSR in Südostasien hinsichtlich der Prozesse, der daran beteiligten Akteure sowie der konkreten Ergebnisse zu kennzeichnen. Obgleich der SSR-Prozess in der Region lückenhaft und unvollständig bleibt, stellen die AutorInnen doch zahlreiche zustände gekommene Reformvorhaben heraus. Eine Zukunftsperspektive liege dabei darin, den wissenschaftlichen Diskurs über die normative Statik des westlich-liberalen SSR-Konzeptes hinauswachsen zu lassen, um so ein besseres Verständnis für die Umstrittenheit dieses Ansatzes in der Region zu erlangen und schlussendlich die Prozesse sowie ihre Ergebnisse besser analysieren zu können.

Das vorliegende Sammelwerk richtet sich aufgrund seines breiten thematischen Spektrums an WissenschaftlerInnen und Studierende, die sich sowohl mit Sicherheitsfragen sowie mit süd-ostasiatischen Regionalstudien befassen. Im Fokus liegen dabei vor allem die Länder Indone-sien, die Philippinen, Thailand und Osttimor, während die anderen Staaten Südostasiens eher überblickhaft am Rande behandelt werden. Im Speziellen vor dem Hintergrund der tagesak-tuellen Herausforderungen des Sicherheitssektors in den südostasiatischen Ländern sind die prozessorientierten Studien dieses Buches von großem Wert, weshalb dieser Band uneinge-schränkt empfohlen werden kann.

Johannes Kummerow

Wilfried A. Herrmann, Peter Lehr (Hgg.): ASEAN Looks West. ASEAN and the Gulf Region

Bangkok: White Lotus Press, 2016. 280 S., 20 USD

This anthology, whose production was prominently sponsored by the Thai Human Development Forum Foundation, funded by the Thai Prime Minister's Office, tries to assess the potential for closer engagement between the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) Community and the states of the Gulf region. Coining the term Southern Asian Maritime Corridor (SAMCO) which includes all littoral states along the Northern Indian Ocean Rim between the Strait of Malacca to the Persian Gulf, the two editors Wilfried Herrmann and Peter Lehr advocate that the Gulf region may be an important area for future ASEAN foreign policy in fields as diverse as transborder disease and disaster risk management or maritime security. The development of the book appears to be correlated with a large Thai industry delegation visit to Iran, which had as its goal the scaling up of Thai-Iranian trade.

Given the existing relationship between the Gulf States and the ASEAN region based on large amounts of oil and gas being transported along the sea lanes of communication, there certainly seems to be potential for the two regions to cooperate more closely. As the ASEAN Community explicitly lays out a plan for a more active foreign policy, it makes sense to highlight which interregional relationships may be strengthened in the future. The

book addresses a variety of future options, ranging from the probable (deepening of economic cooperation between the Gulf Cooperation Council [GCC] and ASEAN) to the unlikely (Qatar facilitating between Muslim minorities and the governments of ASEAN states; ASEAN mediating in a political forum containing Turkey, Iran, and the GCC states). The book's terminology use is interesting. The authors consciously depart from the often-used term of the Maritime Silk Road, due its current Chinese foreign policy connotations, choosing a more neutral term to denote potential cooperation along the Northern Indian Ocean Rim. Another innovation is that the book is accompanied by a public online discussion platform on the proposed maritime corridor (www.southernasiancorridor.org).

Several book chapters stand out with novel perspectives on the potential for South-South interregionalism. The chapter on ASEAN and the Gulf region by Wilfried Herrmann highlights a variety of policy areas where ASEAN could act as a model for other regional organizations such as the Economic Cooperation Organization (ECO), the GCC, and the South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC). Potential is identified in the fields of terrorism, drug trafficking, organized crime and disaster risk reduction. In his chapter on maritime security in the Gulf region, Peter Lehr sees possibilities for ASEAN-Gulf cooperation primarily through their common maritime challenges. Lehr highlights multiple examples of how ASEAN and the Gulf region may tackle common problems of trafficking in drugs and people, illegal fishing, piracy, and maritime terrorism. Another chapter by Lehr on religious extremism along the SAMCO establishes a deeper connection between the two seemingly disparate regions as locations where religion and (international) politics are converging most obviously. Lehr identifies this as a blind spot in both the Western academic as well as the policy community and argues that actions for and against the religio-political-nexus may affect both regions similarly. Some additional chapters address the potential for cooperation between individual Gulf states and the ASEAN Community. Muhammad Zulfikar Rakhmat illuminates the relationship between Qatar and the ASEAN Community. Given Singapore's prominent position in East Asia as a gas trading hub as well as deep ties in the areas of non-oil trade and FDI in real estate, communications and energy infrastructure, small players like Qatar potentially have a role to play in Southeast Asia. Similar perspectives are voiced in Ebad Ebadi's article on the potential for Iran-ASEAN cooperation. While increased oil trade remains front and center, Ebadi identifies some non-conventional but interesting areas for potential cooperation: Increased ASEAN investment and experience sharing for Iranian agriculture as well as integration into the global Islamic finance market through closer cooperation with Malaysia.

Apart from these chapters, the book unfortunately suffers from a lack of focus in most of its contributions. The chapter on nuclear proliferation in Asia by Manpreet Sethi fails to add any content to the central theme of the book. While Vijay Sakhija's contribution on maritime capabilities of the Persian Gulf states delivers a solid survey of the naval capabilities of Iran and the states of the GCC, it does not address the state of affairs in Southeast Asia or the role of this policy field for both regions. The same criticism applies to chapters on the political security situation in Afghanistan by Ehsanullah Rashid, the political situation in Iraq by Mustafa AlObaid, Iran's nuclear capabilities by Muhammad Jawad Aziz, and the Iran-Pakistan-India pipeline project by Musharaf Zahoor and Hassam Siddiqi. While it may be interesting to get an overview of the security and energy challenges facing the states along the suggested SAMCO, the need and potential for ASEAN involvement of any sort is not obvious.

Books on ASEAN foreign policy outside the East Asian region remain rare and certain chapters from this book are therefore important contributions to an emerging discussion. Still, the incoherence contained in this volume suggest that the theme is not substantial enough to carry a publication of this size. This book may be partly relevant to specialists in ASEAN foreign policy.

Lukas Maximilian Müller

Cornelia Hermanns: China und die Kulturrevolution. Der letzte lange Marsch

Esslingen: Drachenhaus Verlag, 2016. 350 S., 29,95 EUR

Um es vorweg zu sagen: Es steht nichts Falsches in Cornelia Hermanns Buch „China und die Kulturrevolution. Der letzte lange Marsch“. Pünktlich zu deren 50. Jahrestag ist das Buch der promovierten Historikerin und freien Autorin nun im kleinen Drachenhaus Verlag erschienen. Es reiht sich damit in eine Vielzahl von Texten und Veranstaltungen ein, die die historisch einzigartigen Vorgänge in China 1966 zum Thema haben: Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Zedong, rief zum Angriff jugendlicher „Roter Garden“ gegen den angeblich vom Kommunismus abgefallenen Staat auf. Am 16. Mai 1966 begann die Revolution mit einem zunächst internen Dokument der „Gruppe für die Kulturrevolution des Zentralkomitees“. Innere Feinde hätten Zeitungen, Rundfunk, Bücher, Lehrmaterial, Literatur, Filme, Kunst und Musik – kurz die Kultur – mit reaktionärem und kapitalistischem Gedankengut verseucht und müssten ausgelöscht werden. Gegen die Erstarrung und Korruption des Parteiapparats setzte Mao die permanente Revolution und sprach dabei insbesondere die Jugend an. Was folgte, waren Entlassungen, häufig aber auch Demütigungen, Folter und Tötungen. Die Gewalt wurde immer brutaler und willkürlicher. Der Aufstand im Sommer 1966 forderte wahrscheinlich 10.000 Tote, spätere Kämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen der RotgardistInnen weitere 10.000. Am Ende der Revolution sollten rund anderthalb Millionen Menschen tot sein – die meisten davon ermordet oder in den Suizid getrieben.

Hermanns Buch zeichnet sich bei der Beschreibung dessen nicht durch fundamental neue Erkenntnisse, neue Quellen oder eine eigene (politische) Bewertung aus, schafft es aber, den gesellschaftlichen Kontext verständlich und durchaus spannend nachzuzeichnen, und ermöglicht somit einer breiten Gruppe Zugang zur Thematik. Hilfreich hierfür ist auch die Form des Buch: Zahlreiche Abbildungen und kurze Kapitel ermöglichen einen guten Lesefluss und heben sich damit deutlich von wissenschaftlichen Publikationen ab. Dass auf geschlechtergerechte Sprache verzichtet wurde, ist eine unnötige Leichtfertigkeit.

Besonders hervorzuheben ist jedoch die breite historische Einbettung. Hermanns lässt ihre Erzählung bereits im Jahr 1911 beginnen, dem Jahr des Sturzes der letzten chinesischen Kaiserdynastie. In der Erzählung bis zur Gründung der Volksrepublik 1949 durch Mao Zedong sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung. Hermanns schafft es, das Gefühl der Demütigung durch ausländische Mächte in China deutlich spürbar zu machen, das sich tief ins 'kollektive Gedächtnis' des Landes eingeschrieben hat. Der zweite Aspekt ist Maos Umdeutung des Marxismus durch die Verbindung mit dem Voluntarismus, also der Vorstellung, dass die Revolution in erster Linie vom Willen der revolutionären ArbeiterInnen und BäuerInnen abhängig sei. Ohne diese Grundlage wären die unglaublichen Anstrengungen sowohl des Langen Marsches als auch Großen Sprungs nach vorn kaum nachvollziehbar.

Das Buch ist bei alledem durchaus spannend und kurzweilig geschrieben. Auch die ersten Jahre der Volksrepublik werden facettenreich und illustriert beschrieben. Dies geht dabei

leider zu oft auf Kosten der inhaltlichen und analytischen Tiefe. Häufig bleibt Hermanns auf der deskriptiven Ebene stehen. Sie zeigt zwar kenntnisreich und umfassend die Geschehnisse auf, kann aber selten zu deren Erklärung beitragen. Historische Prozesse wie die Zeit vom Langen Marsch zur Herrschaft der Kommunistischen Partei werden dabei als widerspruchsfrei und fast sogar zwangsläufig beschrieben. Ein Lieblingsbegriff Maos hätte dem Buch gutgetan: Dialektik.

Mit einem solchen Geschichtsverständnis wäre es ihr dann auch leichter gefallen, die Wendungen, die durch die Kulturrevolution eingesetzt haben, zu fassen. Zwar erklärt sie überzeugend den Fokus der Revolution auf die Jugend, auch der Wandel von der Politik auf die Kultur wird anschaulich beschrieben. Warum jedoch gewissermaßen von heute auf morgen die Revolution gegen die Partei und deren Spitze und nicht mit ihr und durch sie gemacht wurde, wird nicht abschließend beantwortet: Hermanns beschreibt zwar, wie Mao es durch seine Hinwendung auf die „Volksmassen“ schafft, Widersacher in der Partei auszuschalten und die Garden für seine Zwecke zu benutzen, sie kann aber nicht erklären, wo oder wie die Kulturrevolution über bloße innerparteiliche Machtkämpfe hinausgeht.

Hermanns verzichtet in ihrem Buch dabei weitgehend auf eine eigene Interpretation der Geschehnisse. Eigene Thesen oder Positionierungen finden sich nicht. Spannend wäre eine tiefere Auseinandersetzung mit der deutschen bzw. westeuropäischen Linken und ihrem Verhältnis zu Mao und der Kulturrevolution gewesen. Hermanns beschreibt dies zwar in Einleitung und Schluss, die interessante Frage, warum so viele Linke – vom Philosophen Michel Foucault über KünstlerInnen wie Jörg Immendorf und Fußballer wie Paul Breitner bis hin zu den Militanten der Stadtguerilla – sich damals auf Mao bezogen haben, bleibt unbeantwortet. Ohne die maoistischen K-Gruppen gäbe es heute sicherlich auch keine grüne Partei – auch hierzu nichts.

Die rein historische Beschäftigung mit Mao und der Kulturrevolution ist ehrenhaft und gerade auch in der Breite und der Verständlichkeit, die Hermanns an den Tag legt, lobenswert. Herausragend wird es aber dann, wenn dies für die heutige Zeit anschlussfähig und nachvollziehbar gemacht wird. Insofern ist Cornelia Hermanns kein herausragendes Buch gelungen. Manchmal reicht es leider nicht, einfach nur nichts Falsches zu schreiben.

Christopher Wimmer

Stephan Köhn, Monika Unkel (Hgg.): Prekarisierungsgesellschaften in Ostasien? Aspekte der sozialen Ungleichheit in China und Japan

Wiesbaden: Harrassowitz, 2016. 391 S.; 48 EUR

Die Begriffe Prekarität und Prekarisierung markieren in den westlichen Industrieländern eine sozialwissenschaftliche Debatte zur Erosion des Gesellschaftsmodells umfassenden und relativ egalitär verteilten Wohlstands der Nachkriegsära. In Frankreich und Deutschland haben sich dabei verschiedene theoretische Ansätze entwickelt, die einerseits die Ausweitung flexibilisierter und unsicherer Beschäftigungsformen sowie den damit verbundenen Ausbau des Niedriglohnsektors analysieren (objektive Prekarität), andererseits die damit verbundene Verunsicherung und die Abstiegsängste weiter Teile der Mittelschichten dieser Länder (subjektive Prekarität). Prekarisierung markiert damit zunächst vor allem die Transition westlicher Industriegesellschaften vom Fordismus zum Postfordismus.

Der Sammelband „Prekarisierungsgesellschaften in Ostasien“ ist aus einer Ringvorlesung an der Universität zu Köln entstanden, welche die Begriffe Prekarität und Prekarisierung auf

den ostasiatischen Raum überträgt, wobei Japan und die VR China im Fokus stehen. Die 15 Beiträge widmen sich einer Vielzahl von Themen, die aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven beleuchtet werden. Sie beinhalten empirische Studien chinesischer SozialhilfeempfängerInnen, rechtliche Analysen zum Kündigungsschutz oder die Analyse gesellschaftlicher Diskurse der Ausgrenzung und ihrer Funktion für die jeweilige Mehrheitsgesellschaft. Der Band bietet damit eine spannende und vielseitige Lektüre für Studierende und For schende im Bereich der Sozial-, Kultur- und Ostasienwissenschaften.

Mit der Frage, ob in Ostasien Prekarisierungsgesellschaften existieren, stellt sich der Band der Herausforderung eines Vergleichs des nur bedingt Vergleichbaren. Japan blickt wie viele westliche Demokratien auf eine Epoche wirtschaftlicher Prosperität zurück, die das Selbstverständnis einer meritokratischen, egalitären Mittelschichtsgesellschaft erzeugt hat. Mit dem Rückgang der (weitgehend Männern vorbehaltenen) lebenslangen Festanstellung erodiert nun aber das japanische Gesellschaftsmodell. Die Ausweitung der befristeten Beschäftigung unterminiert den Zugang zu sozialer Sicherung und Bildung, und immer mehr junge Menschen geben darum den Wunsch nach Ehe und Kindern auf. Dies wird häufig von einer Stigmatisierung und Ausgrenzung der Betroffenen in gesellschaftlichen Diskursen begleitet, die wiederum Kohäsion und Verunsicherung in der Mehrheitsgesellschaft stiften. Die mediale Figur der Grasfressermänner verdeutlicht dies: Sie werden für demografische und wirtschaftliche Probleme der japanischen Volkswirtschaft mitverantwortlich gemacht aufgrund ihres Mangels traditionell „männlicher“ Eigenschaften – Stärke, Karriereambitionen sowie geschlechts- und mittelschichtstypisches Konsumverhalten – und ihres Verzichts auf Sexualität und dauerhafte Bindung. Japan ist wie die westlichen Industrieländer von Prekarisierungsprozessen betroffen, deren institutionelle und diskursive Formen allerdings starke landestypische Besonderheiten aufweisen.

Die Volksrepublik China blickt hingegen auf einen von den westlichen Industrieländern grundsätzlich verschiedenen sozioökonomischen Entwicklungspfad zurück. Die kommunistische Partei bewahrt formal ein im Kern egalitäres Gesellschaftsverständnis, aber im Rahmen des Wirtschaftsaufschwungs seit den 1980er Jahren hat sich die soziale Ungleichheit massiv erhöht. Bevölkerungsgruppen wie die LandbewohnerInnen, die WanderarbeiterInnen oder die Arbeitslosen in den Städten leben sehr oft unter im umgangssprachlichen Sinne prekären Bedingungen. Im Gegensatz zu den Industrieländern stellen diese Gruppen in China aber einen viel größeren Teil der Bevölkerung. Die vielen sozialwissenschaftlichen Prekarisierungsbegriffen zugrunde liegende Vorstellung von im Abstieg begriffenen Mittelschichten trifft hier noch am ehesten auf die städtischen Arbeitslosen zu, die häufig im Zuge der Liberalisierung des Kündigungsschutzes aus staatlichen oder kollektiven Betrieben entlassen wurden. Wer keine neue Arbeit findet, ist oft auf die *dibao* genannte Sozialhilfe angewiesen, die ebenfalls mit diskursiver Marginalisierung und sozialer Exklusion verknüpft ist. Für die Landbevölkerung und die WanderarbeiterInnen lässt sich Prekarisierung insofern diagnostizieren, als Dekollektivierung und wirtschaftliche Reformen – ähnlich wie der Abbau der wohlfahrtsstaatlichen Fürsorge in den Industrienationen – eine erzwungene Individualisierung darstellen. Die ländlichen Haushalte verfügen oft nur über kleine Parzellen von Ackerland, deren Erträge wenig Kapital für Investitionen bereitstellen. Viele LandbewohnerInnen migrieren daher in die Städte, wo ihre Existenz oft von wirtschaftlicher und sozialer Marginalisierung geprägt ist. Diese Marginalisierung findet zunehmend ein Sprachrohr in Literatur und Film. Die chinesische Regierung ist allerdings bestrebt, diese Probleme durch wirtschaftliche Entwicklung zu lösen – durch eine Modernisierung und Kommerzialisierung der Landwirtschaft wie durch Urbanisierung und die Integration von landlosen

Bauern und WanderarbeiterInnen in die Städte und ihre Sozialsysteme. Solche Entwicklungsschritte sind in den Industrieländern oft bereits vollzogen worden. Auch sind Chinas Systeme der sozialen Sicherung insgesamt noch im Aufbau begriffen, was einen weiteren wichtigen Unterschied markiert.

Armin Müller

Yoshiko Matsumoto, Bernard Comrie und Peter Sells (Hgg.): Noun-Modifying Clause Constructions in Languages of Eurasia. Rethinking Theoretical and Geographical Boundaries

Amsterdam/Philadelphia: John Benjamin's Publishing Company, 2017. 381 S., 99 EUR

Dieser Sammelband der HerausgeberInnen Matsumoto, Comrie und Sells präsentiert Ergebnisse des Langzeitprojektes „Noun-Modifying Constructions in Languages of Eurasia: Reshaping Theoretical and Geographical Boundaries“, das bereits 2008 als Pilotprojekt begann. Die an diesem Projekt beteiligten LinguistInnen, denen das Interesse an Strukturen innerhalb der Nomenmodifikation gemein ist, brachten ihre Expertise in einer Vielzahl an Sprachen und ihre verschiedenen theoretischen Schwerpunkte ein, um mit diesem Sammelband die erste sprachübergreifende Forschung zu einer Konstruktion zu präsentieren, die sie übereinstimmend als *General Noun-Modifying Clause Construction* bezeichnen. Die Ausprägung dieser Konstruktion wird in über 13 Einzelsprachen aus mehr als fünf typologischen Sprachfamilien des asiatischen und eurasischen Raumes untersucht, zu denen unter anderem Japanisch, Koreanisch, Chinesisch, Kantonesisch, Ainu, verschiedene Turksprachen, Sprachen aus den Regionen Kaukasus und Dagestan sowie Marathi gehören. Die Untersuchungen werden in elf Kapiteln festgehalten und von einem einleitenden sowie einem schlussfolgernden Kapitel der HerausgeberInnen abgerundet.

Die *General Noun-Modifying Clause Construction* (kurz GNMCC) bildet hierbei einen Sammelbegriff für all diejenigen Konstruktionen, die Matsumoto bereits in früheren Arbeiten als *Noun-Modifying Clause Constructions* (NMCCs) im Unterschied zum Relativsatz für das Japanische definiert hat. Comrie zeigt bereits in den 70er-Jahren, dass „Relativsatz“ ein Begriff der europäischen Linguistik ist, der sich auf äquivalente Konstruktionen vieler asiatischer Sprachen nicht immer anwenden lässt. Während die Verbindung zwischen Nomen und modifizierendem Satz bei kanonischen Relativsätzen durch ein syntaktisches Pivot-Element, etwa ein Relativpronomen, lizenziert wird, werden im Japanischen Nomen und modifizierender Satz ohne verbindendes Element nebeneinander gereiht. Da der modifizierende Satz hier nicht syntaktisch limitiert ist, sind die Möglichkeiten seiner semantischen Implikation größer als beim Relativsatz, was wiederum zu abstrakteren und arbiträreren Beziehungen zwischen Satz und Nomen führen kann. Während Japanisch zwar durchaus Konstruktionen aufweist, deren Übertragung in eine europäische Sprache in einen Relativsatz mündet, weisen diese Konstruktionen keinen syntaktischen Unterschied zu den semantisch offeneren NMCCs auf, die in europäischen Sprachen nicht durch einen Relativsatz ausgedrückt werden können. Die Beziehung zwischen Nomen und Satz definiert Matsumoto im Gegensatz zum Relativsatz als semantisch und pragmatisch motiviert.

Die Tatsache, dass im Japanischen sämtliche Konstruktionen innerhalb der Nomenmodifikation denselben syntaktischen Aufbau aufweisen, dabei aber eine Vielzahl an möglichen semantischen Beziehungen zwischen Nomen und Satz besteht, macht das Japanische zum Prototyp einer Sprache mit GNMCC als allgemeiner, natürlicher Konstruktion, in der keine

konkurrierenden Konstruktionen auftreten, sowie zum Maßstab (*benchmark*) für die Untersuchungen sämtlicher weiterer Sprachen dieses Sammelbandes. Gemeinsam haben die ProjektmitarbeiterInnen einen Fragebogen entwickelt, der die natürlichen Entsprechungen der betroffenen Konstruktionen des Japanischen in den untersuchten Sprachen erfragt. Dieser Fragebogen ist im Appendix zu finden. Die übergreifenden Forschungsinteressen lauten dabei: „Welche grammatischen und semantischen Beziehungen können zwischen Nomen und modifizierendem Satz bestehen?“, „Welche Faktoren begünstigen bzw. behindern die Ausprägung der GNMCC?“ sowie „Welche geografischen und typologischen Implikationen lassen sich aus der Verteilung dieser Konstruktion ziehen?“

Die AutorInnen zeigen, wie häufig entsprechende Konstruktionen in asiatischen Sprachen vorkommen, ohne dass dabei jedoch ein klares typologisches oder geografisches Muster deutlich wird. Untersuchte Sprachen benachbarter Regionen oder Sprachen innerhalb derselben Sprachfamilie weisen unterschiedliche syntaktische Varianten für dieselbe Konstruktion im Japanischen auf. Das Auftreten bestimmter NMCCs in einer Sprache beweist somit nicht automatisch das Vorhandensein der GNMCC als universelle Konstruktion und es wird deutlich, dass die Übereinstimmung dieser Begriffe und die Ausprägung der GNMCC in keiner der untersuchten Sprachen so offensichtlich ist wie im Japanischen, nicht einmal im typologisch nahen Koreanischen oder im geografisch nahen Ainu. Faktoren, welche die Ausprägung der GNMCC begünstigen, sind unter anderem die Eigenschaft einer Sprache, Argumente unerwähnt zu lassen, eine lose Verbindung zwischen Satz und Nomen sowie eine hohe Abstraktionsrate möglicher Nomen. Weiterhin handelt es sich bei sämtlichen untersuchten Sprachen um solche, bei denen das Nomen hinter dem modifizierenden Satz steht.

Dieser Sammelband liefert gute Argumente, den Begriff *General Noun-Modifying Clause Construction* in den linguistischen Wortschatz zu übernehmen, und überzeugt mit sorgfältigen Analysen zu einer Vielzahl an typologisch und geografisch unterschiedlichen Einzelsprachen, setzt die Ergebnisse dabei aber in einen übergeordneten sprachübergreifenden Rahmen. Die Lektüre ist somit nicht nur für allgemeine oder sprachvergleichende LinguistInnen, sondern für sämtliche SprachwissenschaftlerInnen, deren Forschungsgebiet sich innerhalb einer der analysierten Sprachen bewegt, von Interesse. Es ist davon auszugehen, dass die GNMCC in den nächsten Jahren noch weitere Aufmerksamkeit gewinnen und ihre Ausprägung in weiteren Sprachen untersucht werden wird.

Viktor Köhlich

Andrew Sanchez: Criminal Capital. Violence, Corruption and Class in India

New Delhi, London, New York: Routledge, 2016. 185 S., 45,40 EUR

This book is a fascinating ethnography that offers intriguing insights about the role of corruption and coercion in reinforcing class power in contemporary India. Based on extensive fieldwork in the north-eastern steel town Jamshedpur, Andrew Sanchez explores emic discourses of the labour force about corruption as a critical consciousness on the political-economic conditions. The historical Tata steel company has seen enormous levels of casualisation after India's turn to economic liberalisation in the 1990s. Conducting research among the “criminal entrepreneurs”, he shows that these vague discourses reference actual structures, and highlights the mutually beneficial relations between unionists, businessmen,

politicians and violent enforcers. Sanchez argues that it is this particular political-economic configuration that also enabled the extreme casualisation and prevented union resistance.

The well-structured book consists of seven chapters, which are divided into three parts. While the first two chapters focus on class and the impact of liberal reforms on the Tata industry and its workers, the second part focuses on corruption and violence in the process of casualisation. Chapter 3 explores the role of criminal enforcers and political connections in business success. It would be of enormous value to anyone interested in corruption as Sanchez suggests a couple of theoretical refinements. He, for instance, criticises previous studies of corruption for focusing on “episodic corruption discourses” that condemn individual abuse of power and, in effect, “provincialize criminal practices” (p. 70). “The systematic corruption discourse”, by contrast, criticises and reflects a political economy that is marked by blurred boundaries between political power, organised crime and entrepreneurship and consolidation of class power.

The fourth chapter explores how this political-economic nexus relates to the decline of collective action. Analysing the Tata Workers Union’s own historical narrative and workers’ comments, he shows that while the union frames its own agenda in terms of class politics, its activism has been confined more narrowly to the interest of the regular workers of the company. Furthermore, using its “political and coercive influence”, which includes violent interventions, the union is complicit in the process of casualisation of labour and impedes organised resistance.

While these chapters focus on the structural aspects of the relationship between corruption, forms of coercion and capitalism, the chapters of the third part focus on discourses. Chapter 5 looks at the ethnic diversity in the factory that could possibly divide the working force. Sanchez shows that although ethnic difference is noticeably present in the factory, there are hardly any communal divisions observable on the shop floor. Rather, he argues, the ironic play with ethnic stereotypes via jokes and insults is a sign of an expressed and shared disrespect for the communal ideologies of the wider environment as well as a means to create intimate commensality.

The sixth chapter explicitly focuses on the (counter-)discourses of the managers of the company, who explain the casualisation of labour not merely with regard to global economic forces, but as decisions embedded in their own moral rationalization. Drawing on long-established ethnic stereotypes, they depict the permanent workers as “idle permanent employees”. From this perspective, casualisation constitutes a tool to discipline labour and to increase production efficiency; a discourse that connects to the similarly well-established narrative of the steel factory as a symbol of modernization and civilization, that itself impedes resistance via the exploitation of hope for regularization. Sanchez points thus to the continuities of ideals of the paternalistic company, which he contrasts with the focus of the literature on neo-liberalism on ruptures. It is, however, questionable whether the term “neo-liberalism” is used too loosely here. For instance, when he compares employment in a steel town in which casualisation has transformed lifelong employment into still hereditary employment with long-term bonds — in a context where workers of other sectors often lack any form of contractual securities — to contexts in which “neo-liberal reform” refers to a massive retreat of the welfare state and “flexibilisation” of labour comes mainly in the form of temporal employment and shifting appointments.

One of the book’s most relevant contributions is its original approach to class. Rather than looking at consumption, as much of the recent literature on class does, he “re-grounds the class concept in the idea of struggle” (p. 26). But he does this looking at everyday discourses

and interactions instead of focusing mainly on political institutions such as worker unions. He makes a stimulating conceptual contribution by showing how the boundaries between “informal” and “formal” economy collapse as the latter is actually dependent on informal enforcement and thereby questions the assumption that liberalisation increases transparency but suggests that capitalism and criminality are inextricably interlinked in India.

Nevertheless, the conceptualisation of class in some parts of the book remains insufficiently substantiated with ethnographic material. Sanchez seems to understand the shared discourses on corruption as an expression of class consciousness (p. 105). But while he clearly shows that the working force in the steel company is not divided into “regular” and “casualised” or “formal” and “informal” employees with regard to critical discourses of corruption, it is not clear how this leads to the conclusion of a shared class consciousness that would include workers outside the respective company.

While the reader might desire further refinements and elaborations in these very few instances, the book is fascinating and ethnographically rich, and is extremely well and clearly written. It makes theoretical contributions to a wide range of fields and helps to refine understandings of corruption, flexibilisation of labour markets, and the role of coercion in capitalism. Furthermore, it elucidates the dynamics of class formation in India. “Criminal Capital” will therefore be an interesting read not only for scholars with an interest in contemporary urban South Asia or industrial labour, but also for those working more broadly on corruption, labour relations or the interrelation between politics, capital and criminality.

Mascha Schulz

Eva Sternfeld (Hg.): Routledge Handbook of Environmental Policy in China

London: Routledge 2017. 384 S., 165 GBP

Das Kunstwort Smog wurde zur Bezeichnung des Londoner Giftnebels in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt. Der „blaue Himmel über der Ruhr“, den Willy Brandt 1961 forderte, ist zwar jetzt besser zu sehen als in den 60er Jahren, aber um den Preis einer radikalen regionalen De-Industrialisierung und wirtschaftlichen Umstrukturierung. Die Ursachen der CO2- und Partikelbelastung der Luft sind dabei keineswegs beseitigt. Anfang Oktober 2017 wurde bekannt, dass Deutschland das selbst gesteckte Ziel, die klimaschädlichen Emissionen bis 2020 um 40 Prozent unter den Wert von 1990 zu drücken, deutlich verfehlt wird (SZ, 11.10.17). Der wichtigste Grund ist die anhaltende Nutzung fossiler Brennstoffe in der Energieerzeugung und im Straßenverkehr.

Als 2013 und in den folgenden Jahren die Meldungen über die extreme Smogbelastung der Luft in Peking und anderen chinesischen Städten weltweit Schlagzeilen machte, ging unter, dass die chinesischen Behörden seit Anfang des Jahrtausends an umfangreichen Gesetzeswerken und Maßnahmen arbeiten, um die Folgen der Schwerindustrialisierung der vorangegangenen Jahrzehnte zu korrigieren. Beim oft hämischen Fingerzeigen wurde die Frage meist gar nicht erst gestellt, ob diese Bemühungen ernst zu nehmen sind und welche Erfolgssichten sie haben.

Das von Eva Sternfeld (FU Berlin) herausgegebene Handbuch der chinesischen Umweltpolitik zeigt die Fortschritte und Hindernisse, denen staatliche und gesellschaftliche Akteure bei den Versuchen begegnen, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung miteinander in Einklang zu bringen. 46 internationale Autoren und Autorinnen beschreiben ausführlich auf knapp 400 eng bedruckten Seiten in 26 Kapiteln das Geflecht der chinesischen Umweltpoli-

tit am Anfang des 21. Jahrhunderts: (I.) die zentralen gesetzlichen Richtlinien, ihre oft widersprüchliche und hinhaltende Umsetzung auf regionaler und lokaler Ebene und die Rolle von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessengruppen; (II.) die Politiken und Maßnahmen für einzelne Problemfelder des Umweltschutzes, Wasser, Luft, Bodenschutz u. a.; (III.) Instrumente der Umweltpolitik, z. B. Finanzinstrumente, Informationspolitik und Mediennutzung; (IV.) verwandte Politik- und Aktionsfelder wie Energiepolitik, Abfallentsorgung, Stadtentwicklung; und schließlich (V.) die chinesische Umweltpolitik im internationalen Kontext, unterschiedliche ökologische Folgen wachsender Exporte und Importe oder Chinas wachsendes Engagement in internationalen Konferenzen und Abkommen.

Durch alle Themenfelder zieht sich ein Raster widersprüchlicher Tendenzen und Interessen. Die Zentralregierung versucht mit ihren Vorschriften die Umweltverschmutzung zu drosseln, alternative Produktionsverfahren und Energiequellen zu fördern, gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum und Energiesicherheit zu gewährleisten. Provinz- und Lokalregierungen müssen die sehr allgemeinen zentralen Vorschriften an ihre klimatisch, geografisch, in der Entwicklung ganz unterschiedlichen Bedingungen anpassen. Gerade die relativ rückständigen Provinzen im Westen leiden unter hoher Belastung durch Schwerindustrie und fossile Energieträger, sie sind aber wirtschaftlich von diesen Industrien abhängig, mit denen die örtlichen politischen Führungen darüber hinaus eng verflochten sind. Entwickelte Städte und Regionen an der Ostküste wie Shenzhen oder Dalian tragen dagegen stolz den Titel „low carbon city“ und arbeiten an der Senkung des CO2-Ausstoßes.

Jenseits des parteistaatlichen Diskurses ist die öffentliche Debatte stark durch lokale und internationale NGOs bestimmt, die konventionelle Methoden wie Demonstrationen und Petitionen und mehr und mehr das Internet und die sozialen Medien nutzen. Diese bieten begrenzte Freiräume und Schutz vor behördlicher Repression. Wichtiger ist aber, dass die zentralen Behörden sich gelegentlich auf zivilgesellschaftliche Strukturen stützen, um Maßnahmen gegen regionale Behörden durchzusetzen, „embedded activism“ (S. 251).

Andreas Oberheitmann und Paul Hugo Suding verweisen in ihrem Artikel über die Energiepolitik auf das Modell der „Environmental Kuznets Curve“, demzufolge die Umweltbelastung der Kurve eines umgedrehten U folgend im Verlauf der Industrialisierung und Modernisierung eines Landes ansteigt, aber mit wachsender Bedeutung des Dienstleistungssektors, höherem Pro-Kopf-Einkommen und gestiegenem Umweltbewusstsein abflacht und schließlich sinkt. In China ist der Scheitelpunkt der Kurve noch nicht erreicht. Anstrengungen zur Senkung der Rate der Emissionen pro Kopf der Bevölkerung sind aber sichtbar.

Weil das Handbuch Umweltpolitik und -gesetzgebung so detailliert im Zusammenhang der sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Prozesse behandelt, ist es ein hervorragendes Instrument zum Verständnis der gesamtgesellschaftlichen, nicht nur der ökologischen Entwicklung Chinas.

Jochen Noth

Wu Chonghao: Regulating Government Ethics – An Underused Weapon in China’s Anti-Corruption Campaign

Cambridge: Cambridge University Press, 2016. 314 S., 69,99 GBP

In his recent publication “Regulating Government Ethics – An Underused Weapon in China’s Anti-Corruption Campaign”, Wu Chonghao participates in the discussion of a current topic, that is the anti-corruption efforts in the People’s Republic of China (PRC). Wu

analyses this topic from an angle that has so far not played a role in the analysis of anti-corruption in China. He does not look at criminal or campaign-style enforcement of anti-corruption, but instead focuses on the regulation of government ethics. Following common definitions of regulation, he establishes a four-dimensional framework based on the questions “who regulates”, “how to regulate”, “whom to regulate” and “what to regulate” (pp. 16f.). His focus regarding these question is on “public bodies (including government bodies) with primary official authority in regulating government ethics” (p. 17) that are regulating government bodies and government officials through the use of legally binding methods. These are supposed to regulate government ethics, which “mainly involves misconduct or malpractice not serious enough to constitute criminal corruption.” (p. 20). He thus explicitly excludes criminal behaviour from his analysis and instead mainly focuses on four dimensions of government ethics that are conflicts of interest, appearance of corruption, financial disclosure and outside employment/ activities (p. 21).

Having established this basic framework for his research, Wu looks at government ethics rules, i.e. written documents laying down rules of behaviour for government officials regarding his four dimensions of government ethics, and in the following analyses the enforcement of these rules. For both these areas, i.e. government ethics rules and their enforcement, he first attempts to establish a basic framework by analysing the respective aspects for three selected jurisdictions other than mainland China and he selects for comparison the United States, the United Kingdom and Hong Kong. By comparing existing government ethics rules in China and the enforcement of these rules to the same aspects in the US, the UK and Hong Kong, Wu arrives at four main conclusions regarding the system of regulating government ethics in China. He maintains that these regulations in China are problematic in that they leave many aspects of government ethics unregulated or only weakly regulated. Additionally, according to him the rules are technically poorly made because despite the fact that China has a large number of rules regulating government ethics, they are not made in a comprehensive and systemic manner as would be necessary for a clear and well enforceable code of conduct. With the rules in themselves being problematic, Wu also finds the enforcement of these rules fraught with problems. He argues that all anti-corruption and government ethics enforcement in China is carried out by one institutional actor the Central Discipline Inspection Commission (CDIC) and its subsidiaries, and is largely deterrence-oriented. Wu argues that this is the case because criminal corruption enforcement and government ethics enforcement are not institutionally separated and he states that such a separation would allow for two different approaches in rules enforcement, i.e. a deterrence-oriented approach against criminal corruption and a compliance-oriented approach for enforcing government ethics rules.

Based on these four major arguments regarding the regulation of government ethics in China that he developed by comparing the Chinese case with the US, the UK and Hong Kong, Wu concludes by giving recommendations on how to improve the system of government ethics regulation in China and thereby also positively support the efforts against corruption. He recommends the development of a more systematic and encompassing code of conduct that closes loopholes so far existing in the Chinese regulations, abandoning regulations that he considers to be placing an unnecessary burden on officials without reaching the desired goal (e.g. forbidding close relatives of officials to run their own businesses), and finally proposes the separation of criminal enforcement against corruption from the regulation of government ethics by creating two separate and distinct agencies and allowing for the development of a compliance-oriented enforcement style regarding the regulation of government ethics (pp.

231ff.). According to him, these changes to the existing system could be realised by the Chinese government because they are not including major political reforms and would hence not be threatening to the basic structures of the one-party system. In contrast, they could improve the legitimacy of the Chinese Communist Party, because they allow for the improvement of government officials' behaviour without exposing criminal corruption within the government on a large scale, as would be the case when mainly relying on a deterrence-oriented criminal-law approach (p. 61).

With his approach to anti-corruption efforts in the PRC, focusing on the regulation of government ethics instead of on criminal or campaign-style enforcement, Wu makes a very interesting and innovative contribution to the discussion of corruption and anti-corruption in China that should be read by all scholars working on this topic. His detailed analysis of regulations and approaches to enforcement based both on documents and on interviews conducted with Discipline Inspection Commission (DIC) officials in China throws light onto a yet under-researched aspect of Chinese anti-corruption strategies. The only aspect that occasionally appears abridged throughout his book arises in his comparison with the three other jurisdictions. Because he selected these jurisdictions due to their high ranking in indices of clean government, his arguments sometimes appear to turn into a lesson on the right approach to anti-corruption for China. This is a common problem in comparative approaches and particularly in the field of comparative law. However, it is problematic to analyse a legal system and enforcement strategies of laws and rules without embedding this system in the political and ideological context that it arose from. Despite the validity of best-practice recommendations, this would in some instances deepen the understanding not only of a situation as it is, but also of why it is occurring and how it can be changed within its own systemic logic.

Carolin Kautz